



Beschluss

Az. BK6-20-008

In dem Besonderen Missbrauchsverfahren der

Gas- und Energiegenossenschaft Ost- und Mitteldeutschland eG (GEG), vertreten durch den Vorstand, Hauptstraße 1, 06772 Gräfenhainichen OT Möhlau,

– Antragstellerin –

zur Überprüfung des Verhaltens der

Netz Leipzig GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,
Arno-Nitzsche-Str. 35, 04277 Leipzig,

– Antragsgegnerin –

wegen: Elektronischer Netznutzungsabrechnung

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch den Vorsitzenden Christian Mielke,

den Beisitzer Andreas Fixel

und den Beisitzer Jens Lück

am 10.03.2021 beschlossen:

1. Der Antrag wird als unbegründet abgelehnt.
2. Eine Entscheidung über die Kosten bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

Die Parteien streiten über die Beachtung der Vorgaben zur elektronischen Netznutzungsabrechnung nach der Festlegung zu Geschäftsprozessen zur Kundenbelieferung mit Elektrizität (BK6-06-009, nachfolgend: GPKE).

1. Die Antragstellerin ist als Energielieferantin tätig und versorgt überregional Kunden mit Strom und Gas. Dabei ist die Antragstellerin auch im Netz der Antragsgegnerin tätig. Die Antragsgegnerin ist Betreiberin eines Elektrizitätsverteilernetzes mit etwa 360.000 angeschlossenen Entnahmestellen. Die Tätigkeit der Antragsgegnerin bezieht sich hauptsächlich auf das Gebiet der Stadt Leipzig.

Zwischen der Antragstellerin und der Antragsgegnerin bestand ein Vertragsverhältnis in Form des Lieferantenrahmenvertrages zur Ausgestaltung der Netznutzung. Der Lieferantenrahmenvertrag wurde am 10.05.2019 durch die Antragsgegnerin gekündigt. Die Wirksamkeit der Kündigung wurde durch das Landgericht Leipzig bestätigt (Az. 01 HK O 1013/19). Während des Bestehens des Vertragsverhältnisses rechnete die Antragsgegnerin die von der Antragstellerin zu entrichtenden Netzentgelte nach dem in der GPKE vorgesehenen Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“ mittels elektronischer EDIFACT-Nachrichten ab.

Zunächst übermittelt der Netzbetreiber dem Energielieferanten bzw. Netznutzer die Netznutzungsrechnung elektronisch mit dem EDIFACT-Nachrichtentyp „INVOIC“. Den Empfang dieser Nachricht hat der Energielieferant durch Übermittlung einer so genannten „CONTRL“-Nachricht zu bestätigen. Zur Zahlung der in Rechnung gestellten Netznutzungsentgelte bestätigt der Energielieferant die Rechnung sodann mittels Versendung eines Zahlungsavis in Form einer „positiven REMADV“ und begleicht den fälligen Betrag. Sofern der Energielieferant die Abrechnung der Netznutzungsentgelte als fehlerhaft ansieht, muss als Reaktion eine „negative REMADV“-Nachricht an den Netzbetreiber verschickt werden. Dabei hat der Lieferant dem Netzbetreiber den Ablehnungsgrund mitzuteilen. Im Anschluss wird sodann ein bilateraler Klärungsprozess initiiert. Sofern sich hierbei die ursprüngliche Rechnung als korrekt erweist, hat der Energielieferant dies

durch die Übermittlung einer „positiven REMADV“ zu bestätigen und die Zahlung vorzunehmen. Falls sich die Rechnung innerhalb des Klärungsprozesses als fehlerhaft erweist, hat der Netzbetreiber diese zu stornieren und eine korrigierte Rechnung zu versenden. Weitergehende inhaltliche oder prozessuale Anforderungen an den Klärungsprozess stellt die GPKE nicht, sondern lässt den Beteiligten im Übrigen einen Gestaltungsfreiraum. Sofern in einem Klärungsprozess kein Konsens zwischen den Beteiligten erreicht werden kann, bleibt die Fälligkeit der Rechnung dennoch bestehen. Technische Umsetzungsdetails sowie spezifische Inhalte der im Rahmen des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ zu verwendenden Nachrichten sind in dem EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch beschrieben.

2. Im Verlauf des bestehenden Vertragsverhältnisses nahm die Antragstellerin in dem Zeitraum vom 01.06.2017 – 31.03.2019 einseitig nicht mehr an dem elektronischen Datenaustausch mit der Antragsgegnerin im Rahmen des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ teil. Dies bezog sich sowohl auf den Datenaustausch zur Netznutzungsabrechnung als auch auf den Datenaustausch zur Mehr-/Mindermengenabrechnung. Statt des elektronischen Austauschs von Daten verschickte die Antragstellerin Zahlungssavise per Telefax an die Antragsgegnerin. Seit dem 24.12.2018 erfolgten seitens der Antragstellerin keine Zahlungen mehr auf Netznutzungsrechnungen der Antragsgegnerin. Am 14.02.2019 forderte die Antragstellerin die Antragsgegnerin durch ein per Telefax versendetes Zahlungssavis zur Auszahlung von Guthaben aus der Netznutzungsabrechnung auf. Diese Abforderung von Guthaben bezog sich auf die REMADV GEG19021311275228 [REDACTED], die REMADV GEG19021311292731 [REDACTED] und die REMADV GEG19021311354440 [REDACTED]. Zum 01.04.2019 nahm die Antragstellerin sodann den elektronischen Datenaustausch mit der Antragsgegnerin wieder auf. Im weiteren Verlauf forderte die Antragstellerin die Antragsgegnerin aus der REMADV GEG19060611532340 zur Auszahlung eines Guthabens in Höhe von [REDACTED] aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung auf. Um zum Zeitpunkt der Kündigung des Netznutzungsverhältnisses die Vertragskonten der Antragstellerin hinsichtlich der Netznutzungsentgelte schlussrechnen zu können, verarbeitete die Antragsgegnerin die von der Antragstellerin per Telefax übermittelten Zahlungssavise manuell. Mangels entsprechender elektronischer Nachrichten von der Antragstellerin erfolgte diese Verarbeitung außerhalb des von der Bundesnetzagentur vorgesehenen elektronischen Geschäftsprozesses. Sich aus dieser Schlussrechnung ergebende offene Forderungen aus der Netznutzungsabrechnung machte die Antragsgegnerin anschließend unter Abzug gezahlter Beträge vor dem Landgericht Leipzig unter dem Aktenzeichen 01 HK O 1360/19 geltend. Das vor dem Landgericht Leipzig betriebene Klageverfahren umfasst unter anderem auch die von der Antragstellerin per Telefax abgeforderten Guthaben aus der REMADV GEG19021311275228 [REDACTED], der REMADV GEG19021311292731 [REDACTED] und der REMADV GEG19021311354440 [REDACTED]. Dieses

Klageverfahren war zum Zeitpunkt der gegenständlichen Beschlussfassung noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. Auch hinsichtlich der Abrechnung der Mehr-/Mindermengenkonto der Antragstellerin wurde durch die Antragsgegnerin zur Feststellung der Salden aus offenen Beträgen und Gutachten ein manueller Verarbeitungsprozess außerhalb der elektronischen Geschäftsprozesse initiiert. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war die Aufarbeitung der Mehr-/Mindermengena abrechnung noch nicht abgeschlossen.

3. Mit E-Mail vom 02.01.2020 hat sich die Antragstellerin mit einer nicht näher spezifizierten „Beschwerde“ gegen die Antragsgegnerin an die Bundesnetzagentur gewandt. Im Anschluss an die daraufhin erfolgte Stellungnahme der Beschlusskammer vom 20.01.2020 legte die Antragstellerin mit Schriftsatz vom 14.02.2020, beim OLG Düsseldorf am 17.02.2020 eingegangen, Beschwerde gem. § 75 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz (im Folgenden: EnWG) ein. Nach Hinweis des OLG Düsseldorf in der mündlichen Verhandlung vom 09.09.2020 stellte die Antragstellerin mit Schriftsatz vom 10.09.2020, per Fax am selben Tag bei der Beschlusskammer eingegangen, einen Antrag auf Durchführung eines Besonderen Missbrauchsverfahrens gem. § 31 EnWG.

4. Die Antragstellerin ist der Ansicht, dass die Antragsgegnerin die Vorgaben der Bundesnetzagentur zur Marktkommunikation nicht einhalte. Sie ist insbesondere der Ansicht, dass die aus der GPKE resultierenden Vorgaben zum Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“ durch die Antragsgegnerin nicht beachtet bzw. nicht vollständig umgesetzt würden. Dabei vertritt die Antragstellerin die Auffassung, dass die Antragsgegnerin ihr die Beträge aus den per Telefax geltend gemachten REMADV GEG19021311275228 [REDACTED], REMADV GEG19021311292731 [REDACTED], REMADV GEG19021311354440 [REDACTED] sowie aus der REMADV GEG19060611532340 [REDACTED] jeweils in der entsprechenden Höhe hätte auszahlen müssen. Des Weiteren vertritt die Antragstellerin die Auffassung, dass die Antragsgegnerin ihr Finanzmittel vorbehalten und sie so bewusst in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt habe.

Die Antragstellerin beantragt wörtlich:

„Die Bundesnetzagentur mag die Antragsgegnerin verpflichten, die Beträge umgehend mit genau dem Betrag aus der jeweiligen REMADV auf das Konto der Antragstellerin zu überweisen.“

Die Antragsgegnerin beantragt sinngemäß,

die Anträge der Antragstellerin zurückzuweisen.

Die Antragsgegnerin ist der Ansicht, dass sie die Vorgaben zur Marktkommunikation, insbesondere die Vorschriften des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“, einhalte und umsetze. Ferner bezögen sich die Vorwürfe der Antragstellerin lediglich auf vier selektive Beispiele. Darüber hinaus vertritt die Antragsgegnerin die Ansicht, dass die Antragstellerin selbst während des bestehenden Vertragsverhältnisses gegen die Vorschriften des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ verstoßen habe. Indem die Antragstellerin im Zeitraum vom 01.06.2017 – 31.03.2019 die Teilnahme am elektronischen Datenaustausch verweigert habe, habe sie die Durchführung des gesamten Netznutzungsabrechnungsprozesses nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur nahezu unmöglich gemacht. Das manuelle Verarbeiten per Telefax versendeter Zahlungsavise außerhalb der elektronischen Marktkommunikation zur Erstellung einer Schlussrechnung habe erheblichen Zusatzaufwand für die Antragsgegnerin verursacht. Darüber hinaus ist die Antragsgegnerin der Ansicht, dass die Antragstellerin mögliche Guthaben oder Beträge zu ihren Gunsten nicht wirksam abgerufen habe. Im Rahmen des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ würde diesbezüglich ein Abruf per elektronisch versandter REMADV vorausgesetzt und nicht das Versenden eines Telefaxes. Die Antragstellerin verhalte sich widersprüchlich, wenn sie einerseits die vollständige Beachtung des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ von der Antragsgegnerin fordere, selbst aber den elektronischen Datenaustausch verweigere und sich nicht an die definierten Vorgaben bezüglich der Abforderung von Guthaben halte. Ferner ist die Antragsgegnerin der Ansicht, dass Streitigkeiten hinsichtlich der Guthaben und Beträge, auf die sich die Antragstellerin bezieht, vor einem Zivilgericht zu klären seien.

5. Die Bundesnetzagentur hat den Beschlussentwurf gemäß §§ 55 Abs. 1, 58 Abs. 1 Satz 2 EnWG dem Bundeskartellamt und der zuständigen Landesregulierungsbehörde am 24.02.2021 mit der Gelegenheit zur Stellungnahme übersandt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Der Antrag auf Durchführung eines Besonderen Missbrauchsverfahrens gem. § 31 EnWG ist unbegründet.

1. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde für die vorliegende Entscheidung folgt aus § 54 Abs. 1 Satz 1 EnWG, da es sich bei der Antragsgegnerin um eine Netzbetreiberin mit über 100.000 angeschlossenen Kunden handelt. Die Beschlusskammer ist zur

Entscheidung gemäß § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG berufen.

2. Eine Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrags bedarf es vorliegend nicht, da der Antrag in der Sache jedenfalls als unbegründet abzuweisen ist.

Über das Besondere Missbrauchsverfahren nach § 31 EnWG wird Personen oder Personenvereinigungen die Möglichkeit eingeräumt, durch die Regulierungsbehörde das Verhalten eines Betreibers von Energieversorgungsnetzen daraufhin überprüfen zu lassen, inwieweit es im Widerspruch zu energierechtlichen Vorschriften steht. Hiervon sind jedoch nicht sämtliche Vorschriften des Energierechts umfasst. Maßgeblich ist, ob das Verhalten des Netzbetreibers mit den Vorgaben in den Bestimmungen der Abschnitte 2 und 3 des dritten Teils des EnWG oder der auf dieser Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen sowie den nach § 29 Abs. 1 EnWG festgelegten oder genehmigten Bedingungen und Methoden übereinstimmt. Der Antragsteller muss hierbei unter anderem hinreichend substantiiert darlegen, aus welchen Gründen Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verhaltens des Netzbetreibers bestehen (§ 31 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 EnWG).

Das Verfahren zur Abrechnung von Netznutzungsentgelten, das insofern auch Turnusabrechnungen umfasst, richtet sich nach dem in der GPKE zum streitgegenständlichen Zeitpunkt enthaltenen Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“. Bei den Festlegungen zur Marktkommunikation, zu denen auch die GPKE zählt, handelt es sich um Bedingungen und Methoden, die durch die Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde nach § 29 Abs. 1 EnWG festgelegt wurden. Folglich können Verletzungen der Marktkommunikationsregeln grundsätzlich auch ein Besonderes Missbrauchsverfahren nach § 31 EnWG begründen.

In der GPKE werden die für den vorliegenden Besonderen Missbrauchsantrag maßgeblichen Verfahrensschritte in der Geschäftsprozessbeschreibung „Netznutzungsabrechnung“ definiert und dargelegt. In dem streitgegenständlichen Abschnitt finden sich standardisierte Vorgehensweisen, die Netzbetreiber und Lieferanten üblicherweise schematisch abarbeiten. In technischer Hinsicht werden diese Prozesse durch Vorgaben im EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch konkretisiert und ausgeformt. Zwar ist das EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuch selbst normhierarchisch nicht Bestandteil einer Festlegung zur Marktkommunikation. § 4 Abs. 2 des Lieferantenrahmenvertrags normiert jedoch eine von den Vertragsparteien zwingend zu beachtende Verpflichtung, die Vorgaben des EDI@Energy-INVOIC-REMADV – Anwendungshandbuchs im bilateralen Vertragsverhältnis umzusetzen und der elektronischen Kommunikation sowie insbesondere den Abrechnungsprozessen zugrunde zu legen. Aus § 13 Abs. 7 des Lieferantenrahmenvertrags ergibt sich ferner, dass zwischen den Vertragspartnern abgeschlossene EDI-Vereinbarungen auch nach Kündigung des Netznutzungsverhältnisses bis zur endgültigen

Abwicklung der Entgeltabrechnung fortbestehen.

Insbesondere auf Basis des Vortrags der Antragstellerin lässt sich eine Nichtbeachtung der in der GPKE festgelegten Geschäftsprozesse zur „Netznutzungsabrechnung“ durch die Antragsgegnerin jedoch nicht feststellen.

Hierbei ist zunächst festzuhalten, dass die Antragstellerin, ausweislich des Vortrags der Antragsgegnerin, selbst über einen Zeitraum von mehr als 21 Monaten während des bestehenden Netznutzungsverhältnisses nicht am vorgeschriebenen elektronischen Datenaustausch teilgenommen hat. Mithin hat die Antragstellerin selbst die von allen Marktteilnehmern zu beachtenden Regeln zum INVOIC-REMADV – Verfahren eigenmächtig nicht beachtet.

Zwar ist es zutreffend, wenn die Antragstellerin ausführt, dass im Rahmen des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ vom Lieferanten gegenüber dem Netzbetreiber abgeforderte und unstrittige Guthaben grundsätzlich an diesen in der abgeforderten Höhe überwiesen werden müssen. Die Antragstellerin übersieht hierbei jedoch, dass dies voraussetzt, dass die entsprechenden Guthaben bzw. Beträge via REMADV im elektronischen Verfahren abgefordert werden. Insofern wird etwa im EDI@Energy INVOIC / REMADV Anwendungshandbuch in der zum streitgegenständlichen Zeitpunkt geltenden Fassung explizit ausgeführt:

„In Fällen, in denen sich im Rahmen der Verrechnung eine Rückerstattung ergibt, ist eine REMADV (mit negativem Zahlbetrag) vom Lieferanten an den Netzbetreiber zu senden.“

Da sich das gesamte EDI@Energy INVOIC / REMADV Anwendungshandbuch auf Prozesse für den Datenaustausch mittels elektronischer Nachrichten bezieht, ist es evident, dass sich auch dieser Prozessschritt auf das Versenden einer elektronischen REMADV bezieht. Die Übermittlung eines Zahlungssavises via Telefax entspricht hingegen gerade nicht dem elektronischen Datenaustausch nach diesem, aufgrund des Lieferantenrahmenvertrags verbindlichen, Verfahren. Folglich hat die Antragstellerin ihrerseits die definierten und rechtsverbindlichen Regeln zum zur Abforderung eines Guthabens bereits nicht beachtet. Nach dem auch im Energierecht geltendem Grundsatz des „venire contra factum proprium“ stellt es insofern ein widersprüchliches und rechtsmissbräuchliches Verhalten dar, wenn die Antragstellerin zum einen selbst die Regeln der Marktkommunikation, insbesondere die des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“, gegenüber der Antragsgegnerin nicht einhält, von dieser sodann aber ihr gegenüber genau die Einhaltung dieser Regeln einfordert.

Selbst wenn man darüber hinaus zu Gunsten der Antragstellerin davon ausgehen würde, dass es bei der Auszahlung von Guthaben oder Beträge zu Gunsten der Antragstellerin im Einzelfall durch

die Antragsgegnerin zu fehlerhaften Umsetzungen der standardisierten Vorgehensweisen gekommen sein sollte, würde dies für sich genommen noch kein Besonderes Missbrauchsverfahren nach § 31 EnWG begründen. Es kann nicht in jedem (vorgetragenen) Regelverstoß gegen die Detailbeschreibungen festgelegter Methoden wie der GPKE automatisch ein von § 31 EnWG erfasster Verstoß gesehen werden. Gerade im Bereich schnelllebiger elektronischer Massenkommunikation, in dem es mitunter zu einfachen Tippfehlern oder kurzfristigen Softwarefehlfunktionen kommen kann, würde dies ansonsten zu einer ausufernden und vom Gesetzgeber nicht intendierten Anwendbarkeit des Besonderen Missbrauchsverfahrens nach § 31 EnWG führen. Im Bereich der Marktkommunikation kann von einem von § 31 EnWG erfassten Verstoß vielmehr nur dann ausgegangen werden, wenn Regelverstöße eine derartige Dauer und Intensität annehmen, dass aus ihnen der Rückschluss auf eine insgesamt fehlerhafte oder unvollständige Umsetzung der behördlichen Festlegung gezogen werden muss. Dies kann angesichts der von der Antragstellerin angeführten Einzelfälle vorliegend jedoch nicht angenommen werden. Weitere Beschwerden anderer Energieversorger über die Nichteinhaltung der Marktkommunikationsregeln durch die Antragsgegnerin als Netzbetreiberin, die insoweit als ein zusätzliches Indiz für eine strukturelle Missachtung der Marktkommunikationsregeln durch die Antragsgegnerin aufgefasst werden könnten, sind der Beschlusskammer zum Entscheidungszeitpunkt ebenfalls nicht bekannt und auch nicht ersichtlich.

Auch die Ausführungen der Antragstellerin, dass die Antragsgegnerin ihr missbräuchlich Finanzmittel vorenthalten habe, indem sie ihr entgegen der Vorgaben des Geschäftsprozesses „Netznutzungsabrechnung“ Guthaben bzw. Beträge nicht ausgezahlt und sie so in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt habe, vermögen nicht zu überzeugen. Wie bereits ausgeführt, hat die Antragstellerin im vorliegenden Fall das betreffende Guthaben selbst schon nicht korrekt nach den Vorgaben zur elektronischen Marktkommunikation abgefordert. Aufgrund dessen bestand auch seitens der Antragsgegnerin nach dem Geschäftsprozess „Netznutzungsabrechnung“ schon keine zwingende Verpflichtung zur Begleichung der entsprechenden Beträge, sodass ein Vorenthalten von Finanzmitteln schon aufgrund dessen vorliegend nicht angenommen werden kann.

Die Erhebung von Kosten nach § 91 EnWG bleibt einem gesonderten Verfahren vorbehalten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke

Andreas Fixel

Jens Lück

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer